

1. Mai behandelten Vorlagen so offen an die Preßhöfen ver- schickt werden; die anständige Presse muss es ruhig hinnehmen, daß solche, die ganze Offenheitlichkeit interessierende Dinge, wie der Reichstag, dem Publikum durch diese unsauberen Kanäle broadweise vorgeworfen werden. Wenn einmal die Veröffentlichung möglich ist, weshalb wird sie dann nicht amtlich veranlaßt?

Zweit werden die Ankläge über die Zölle und Verbrauchssteuern mitgeteilt. Danach sind die Einnahmen um 40,8 Millionen Mark höher veranschlagt, als im laufenden Jahre.

Davon entfallen 33,7 Millionen Mark auf die Zölle, 0,4 Millionen auf die Tabaksteuer, 3,6 Millionen auf die Rudersteuer, 1/2 Million auf die Salzsteuer, 1,3 Millionen auf die Branntweinverbrauchabgabe, 0,9 Million auf die Brauerei. Bekanntlich werden die Einnahmen der Zölle und Verbrauchssteuern veranschlagt nach dem Durchschnitt des zwei der Etataufstellung vorhergehenden Jahre, also für den neuen Etat nach dem Durchschnitt der vom September 1898 bis August 1898 erzielten Einnahmen. Bei den Zöllen sind von diesem Durchschnittsertrag noch 12,5 Millionen abgesetzt, weil man es für richtiger hält, die besonderen Einnahmen aus den Getreidezöllen nach dem Durchschnitt eines längeren Zeitraumes der Vorjahre zu veranlagten.

Der neue Etat des Reichsamts des Innern schließt bei den fortwährenden Ausgaben mit einem Mehraufwand von 3 592 385 M., bei den einmaligen Ausgaben mit einem Mehraufwand von 3 060 700 M.

Der Mehraufwand findet im großen und ganzen durch die mit 3 534 000 M. für 1899 gegen 300 000 M. im Rechnungsjahr 1898 angezeigten Kosten aus Anlaß der Vereilung des Reiches an der Weltausstellung zu Paris i. J. 1900 seine Erklärung. Von den Ansätzen, welche eine Steigerung der fortwährenden Ausgaben zur Folge haben, verdienen besonderes Interesse: die Schaffung einer besonderen Abteilung für die in das Gebiet der Handelspolitik und der Produktionsstatistik fallenden Angelegenheiten beim Reichsamt des Innern, die Einführung zolltechnisch vorgebildeter Beamter in das Statistische Amt, die Errichtung einer medizinischen und einer biologischen Abteilung neben der bereits bestehenden naturwissenschaftlichen Verbrauchs-Abteilung beim Gesundheitsamt, die Erweiterung des Postamtes durch Aufstellung einer neuen Amtsstelle, die vollkommenere materielle und personelle Ausgestaltung des Reichsver sicherungsamtes, die Einführung weiterer Schleppdampfer zur Bewältigung des anwachsenden Verkehrs auf dem Kaiser-Wilhelm-Kanal. Dem Entwurf sind Deutschräten zur Begründung von drei unter den einmaligen Ausgaben aufstrebenden Forderungen beigegeben, betreffend die Errichtung einer Erdbebenstation in Straßburg, die Herausgabe eines Werkes über die sächsische Kapelle, endlich die Herausgabe von Veröffentlichungen auf dem Gebiete des Erziehungs- und Schulwesens.

Der Kurs ist abermals geändert worden — der Kurs der Kaiserreise nämlich. Diese Reihe weist verschiedene Kursschwankungen auf. Erst Ägypten. Alles war zum Empfange vorbereitet, da hielt es plötzlich der Besuch Ägyptens sei ausgegeben worden. Ob die Polizeianarchisten ihre Attentatspläne gerade deswegen nach Alexandria verlegt hatten, weil sie dort am wenigsten in die Lage kamen, Schaden anzurichten, wird sobald nicht aufgeklärt werden. Die Ansichten gehen heute sehr darüber auseinander, was hier Ursache und was Wirkung war. Dann in Palästina wurde der Kurs zum zweitmalen geändert. Jetzt war in Spanien schon in größter Aufregung, weil der deutsche Kaiser von Malta aus Spanien besuchen wollte. Jetzt kommt plötzlich die Mitteilung, daß diese Absicht aufgegeben worden sei, der Kaiser nach Volla (österreichisch) gehen und von dort über Wien nach Berlin zurückkehren werde. Danach könnte er in circa 3 bis 4 Tagen in Berlin sein. — Wenn nicht unterdrückt der Kurs geändert wird.

Für die Wahl zum ersten Vizepräsidenten des Reichstages dürften nach der "Deutschen Tageszeitung" die Abgeordneten Graf zu Stolberg, Dr. von Frey, vielleicht auch von Levetow in Betracht kommen. — Wenn die sozialdemokratische als zweitstärkste Fraktion auf das Amt verzichtet.

Der Bundesrat hat in seiner heutigen Sitzung den Entwurf von Vorschriften zur Ausführung des Gesetzes über die Beurteilung des Personenstandes und die Eheleistung vom 6. Februar 1875 dem zuständigen Ausschuß übertragen.

Die Kommission für Arbeiterschaft ist gestern zusammengetreten. Auf der Tagessitzung steht die Vernehmung der Auskunftsperonen über die Verhältnisse der in Schiffs- und Gastwirtschaften beschäftigten Personen, die Feststellung des Berichts betreffend Erhebungen über die Arbeitszeit in Betriebsmühlen und schließlich Erhebungen über die Sonntagsarbeit im Binnenschiffahrt- und Flößereibetriebe, jenes der hierzu eingesetzte Ausschuß in der Lage ist, seinen Bericht zu erläutern.

Krach im ultramontanen Lager. Der Provinzialausschuß der rheinischen Zentrumspartei veröffentlicht eine Erklärung, wonin er es für notwendig hält, seine Geschäftsführung gegen die Angriffe aus dem eigenen Lager in Schutz zu nehmen. Er sagt, seine ganze Thätiigkeit sei darauf gerichtet gewesen, Spaltung und Zerwürfnisse zu vermeiden.

Dagegen schreibt die ultramontane "M. Volksstimme":

"Es wird einfach derjenige gewählt, der von Köln aus zu wählen beschlossen wird. Jeder andere wird durch die Presse niedergeschrien und derartig verdächtigt, daß an eine erfolgreiche Wahl nicht zu denken ist."

In der "Volksstimme" kommen die rheinischen Zentrums-aptarier zum Worte.

Ein typisches Beispiel von der Wirksamkeit der sogenannten Vertrauensärzte bei den Berufsgenossenschaften teilt die Berliner Volkszeitung mit. Der Maurer Kremerer hatte sich durch Betrieb unsoll eine Armutserkrankung zugezogen und eine Rente erhalten. Nach einiger Zeit wurde aber jede Rentenzahlung eingestellt, da Kremerer nach dem Gutachten eines ärztlichen Sachverständigen von den Folgen des Unfalls niedergeschlagen sei. Als Kremerer einige Jahre nach Einstellung der Rente als Soldat beim zweiten Garderegiment eintrat, erhielt er, nachdem er mehrere Wochen gedierte hatte, seine Entlastung, da er infolge des Unfalls unbrauchbar zum Militärdienst geworden sei. Auf Grund des militärärztlichen Zeugnisses beantragte nun Kremerer aufs neue die Zuwendung einer Rente. Obwohl ihm auch der Oberärzt bestätigte, daß sein Amt infolge des Unfalls derart geschädigt sei, daß er nicht mehr militärisch sei, mußte er es erleben, daß sein Antrag auf Rente in allen Instanzen abgelehnt wurde. Allerdings mit der formell unantichthabaren Begründung, daß keine Veränderung in seinem Zustand seit der Überlebung der Rente eingetreten sei. Aber in welchem Lichte erscheint dann die Berufsgenossenschaft und ihr Vertrauensarzt. Als man ihm die Rente überlannen, war sein Zustand genau so wie jetzt, wo er als untauglich vom Militär auslassen werden muß.

Der Fall ist typisch. Wir haben in unserer langjährigen Praxis als Ratgeber Verleger sehr oft die Erfahrung gemacht, daß Leute, denen man den Krüppel auf den ersten Blick anahm, entweder für ganz gehandelt erklärt oder doch mit einer lächerlich geringen Rente abgefunden wurden.

Das Rentenabrechnungsverfahren bedarf entschieden ebenso einer gründlichen Reform, wie das Renteneinstellungsverfahren. Beides muß vor allen Dingen der Willkür der interessierten Unternehmer der Berufsgenossenschaften entzogen werden.

Die amtliche Enquête über die Fleischnot wird den Agrariern nicht wehe thun. Ein drastisches Beispiel von der Art, wie sie gemacht wird, lieferte der Bericht des stellvertretenden Vorsitzenden des landwirtschaftlichen Vereins in Landsberg a. W. Dieser hat, wie er mitteilte, die Fragen des Landwirtschaftsministers, ohne sie dem Verein auch nur vorzulegen, luxuriös hand dazugeantwortet, die Landwirte könnten bequem so viel Vieh produzieren, daß an eine anderweitige Fleischversorgung nicht gedacht zu werden brauche. An eine Eröffnung der Grenzen dürfe nicht gedacht werden. —

Da dient etwas Schönes bei der "Enquête" herauskommen.

Zur Fleischnot. Die gemischte Deputation der städtischen Behörden von Berlin hat beschlossen, dem Magistrat zu empfehlen, schlemigst eine Petition an den Reichstag um Aushebung der Grenzverren zu richten.

Diese, ein umfangreiches statistisches Material enthaltende Petition, fordert die Aushebung der Sperre gegen die Einfuhr von Schlacht-, Fucht- und Nutzvieh aus seuchenfreien Nachbarländern oder seuchenfreien Teilen derselben. Sie empfiehlt, an die Stelle des Einfuhrverbots gegenüber solchen Ländern, in welchen die Seuche in geringem Maße und nicht in bedrohlichem Umfang" besteht, die vom Gesetz in Aussicht genommenen "Beschränkungen" zu setzen, unter Zulassung des Fucht- und Nutzviehs — eventuell unter Kontingentierung — in die Landwirtschaft und des Schlachtviehs zu den Schlachtwiehmärkten, wenn auch unter Isolierung und Verbote des Weitertransports. Die Petition fordert weiter die Zulassung der Einfuhr aus seuchenfreien Ländern mit den bisherigen Beschränkungen und Vorsichtsmäßigkeiten in die öffentlichen Schlachthäuser deutscher Städte zur isolierten Ausstellung und zur Abschlachtung innerhalb fünf Tagen und verlangt die Einfuhr von Fleisch und Fleischabfällen aus allen Ländern nach vorhergegangener strenger Untersuchung an allen Einfuhrstellen durch deutsche beamte Sachverständige.

Die nach den jüngsten Postlourenen auszuarbeitende Reichspostnovelle bringt noch der "Frank. Itg." eine Erhöhung des Briefgewichts auf 20 Gramm und die Ablösung und das Verbot der Privatposten. Ob ein vollständiges Verbot beabsichtigt, ist noch ungewiß.

Nach dem "Vol. Ans." wurde auf der Münchner Konferenz beschlossen, den Postzeitungstarif mit Rücksicht auf die Erziehungsfähigkeit und das Gewicht umzugehen und die Privatposten gegen entsprechende Entschädigung aufzuheben, bevor die Ablösungsummen ins Ungemessen steigen.

W. Simonie, nicht mit "heiligen" Würden und Lemtern, sondern mit sehr unhilflichen Schnaps- und Schnallenzessionen, d. h. die Vergabe der Konzessionen an die Nachbuhren gegen Geld und Geldeswert, hat sich in Oberschleien aus der „guten, alten“ Feudalzeit bis in die Gegenwart hinübergeschleppt. Vorwirkt dem preußischen Amtsvorsteher nicht erlaubt, was der frühere Guts- und Grundherr thun durfte; aber in Oberschleien herrschen vielfach — in doch Russland so noth! — unter den Beamten sehr russische Ansichten, und so werden noch immer u. a. auch Schnallenzessionen wie ehemals Pfarrereien verkauft. Ein besonders trauriger Fall dieser Art ist jüngst vor dem Gleiwitzer Landgericht verhandelt worden. Der Amtsvorsteher Schneider i. d. v. Paulsdorf, Kunzendorf und Dorotheendorf bei Zabrze hatte auch nach altem Ritus Konzessionen verschärfert und den Raum mit seinem Amtsvorsteher Steinarek brüderlich geteilt. Ein gewisser Wilhelm Wolff hielt das für ungerecht und denunzierte den Geescheshüter wegen seiner Schandthaten. Wie das in solchen Fällen immer geht, Wolff erhielt für seine Verhöhnung der Gerechtigkeitsliebe ein Jahr Gefängnis. Seine Dreistigkeit, das heilige Amt eines Amtsvorsteher anzutreten, mußte geführt bestraft werden. Am Ende kam aber doch die Sache anders, als gewissen Leuten lieb war. Der edle Schneider starb, und nun kam die Wahrheit heraus. Alle die Leute, die vorher aus Furcht vor dem Amtswahlwigen geschworen hatten, fingen nun zu reden an, und sie redeten, als Wolff die Wiederannahme des Verkaufs erzwungen hatte, so, daß er freigesprochen werden mußte. Es ist schade, daß man derartige Spitzbuben immer erst als solche erkennt, wenn sie tot sind. Das wissen die Lebenden, und deshalb wird die Beamtenkorruption in Oberschleien auch so bald aufhören.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Die Tilsiter Strafammer verhandelte am Montag unter Auschluss der Öffentlichkeit gegen die Genossin Frau Tolldorf wegen Majestätsbeleidigung. Das Urteil lautete auf zwei und einen halben Monat Gefängnis. Es handelt sich auch in diesem Falle um Denunziation aus Nachricht. Frau Tolldorf bezeichnet mit alter Entschiedenheit, die Neuherung, welche zu ihrer Verurteilung geführt hat, gelassen zu haben. Am sonderbarsten bei diesem Prozeß ist, daß die Beleidigungszugabe die beleidigte Anherung nicht selbst gehört hat, sondern erst durch eine andere Frau, die lärmlich gestorben ist, erfahren haben will. Es ist eigentlich unsäglich, daß eine solche Behauptung genügen kann, um eine bisher unbeholtene Frau auf Monate ins Gefängnis zu bringen. Genosse Tolldorf ist durch die Verurteilung seiner Frau in eine recht unangenehme Lage gekommen, da er mehrere kleine Kinder hat, um die er sich zugleich natürlich nicht kümmern kann, da er seiner Arbeit nachgehen muß. Durch das Urteil ist nicht nur die Frau auf 2 1/2 Monate ins Gefängnis gesicht, sondern gleichzeitig auch die ganze Familie bestraft.

Wegen Majestätsbeleidigung und Gotteslästerung hatte sich am Sonnabend der Fischhändler Albert Schöneberg aus Hameln vor der Strafammer des Landgerichts zu Hannover zu verantworten. Der Genannte hatte sich in der Cardinalischen Wirtschaft in Hameln, sowie auf dem dortigen Polizeibureau in einer so unsäglichen, gegen allen gesellschaftlichen Anstand verstoßenden Form ausgesprochen, wie es eben nur Personen, die sich vollständig vom Schnapsteinsel haben unterkriegen lassen, fertig bekommen. Das Urteil lautete auf 7 Monate Gefängnis.

Der angebliche Anarchist Oldenburg, der kürzlich in Altona verhaftet wurde, wird jetzt wegen Majestätsbeleidigung prozessiert.

Oesterreich-Ungarn.

Das österreichische Abgeordnetenhaus lehnte gestern den Antrag gegen Baden mit 193 gegen 174 Stimmen ab. Das Haus nahm jedoch die Anträge des Budgetausschusses an, in denen die Regierung aufgefordert wird, sofort einen Gesetzentwurf einzubringen, der darin geht, daß die im Gesetz von 1893 vorgesehenen Beaunklausungen für die österreichische Handelsmarine

auf weitere 5 Jahre ausgedehnt werden, ferner daß Vorrichtungen eingebracht werden auf Genehmigung von Prämiens zur Hebung der kleinen Küstenschiffahrt mit einem Antrag des Abg. v. Schneegel, daß Schifffahrtsprämien und Reisezuschüsse auf alle Fahrten österreichischer Schiffe Anwendung finden können, die sich auf nicht-inventionierte Linien beziehen, ohne Rücksicht darauf, ob die Schiffe bereits einem gleichartig subventionierten Unternehmen angehören oder nicht.

Italien.

Rom, 17. November. Bei der heutigen Wahl der Kammerpräsidenten wurde Bandelli mit 190 von 339 abgegebene Stimmen zum ersten Präsidenten gewählt. 128 Abgeordnete gaben weiße Zettel ab.

Zu Vizepräsidenten wählte die Kammer Palberi mit 236, Chinaglia mit 234 und de Misis mit 180 Stimmen. Zwischen Colombo, welcher 107, und Musi, welcher 87 Stimmen erhielt, findet Stichwahl statt.

Frankreich.

Dreyfus ist am Mittwoch von dem Beschlusse des Kassationshofes benachrichtigt worden. Neben den Eindruck, den die Meinung auf Dreyfus machte, wird bis jetzt vollständiges Schweigen beobachtet.

Die Schriftstüde, die Dreyfus infolge des Beschlusses des Kassationshofes zur Beantwortung zugestellt werden müssen, werden am 26. d. M. mit einem nach Martinique bestimmten Dampfer nach Cayenne abgehen. Von Martinique aus werden sie mittels Spezialdampfers in vier Tagen nach Cayenne gebracht.

Der Minister der Kolonien ordnete telegraphisch die Freigabe des Briefwechsels zwischen Dreyfus und seiner Familie an. Im Auftrag des Gouverneurs von Cayenne wird Dreyfus vorläufig als Angeklagter behandelt. Advokat Mornard stellte den formalen Antrag, Dreyfus hierher zu schaffen, worüber der Kassationshof noch diese Woche entscheiden wird.

Zu den Wandelgängen des Kassationshofes ist die allgemeine Ansicht die, daß wahrscheinlich ein Erlass des Gerichtshofs erscheinen werde, um die Rückkehr des Kapitäns Dreyfus nach Frankreich herbeizuführen, da es tatsächlich unmöglich für den Gerichtshof ist, sich telegraphisch mit Dreyfus in Verbindung zu erhalten. Die Telegramme würden zu zahlreich und zu kostspielig werden, anderseits würden die auf telegraphischem Wege übermittelten Antworten des Dreyfus vom gerichtlichen Gesichtspunkte aus keine hinreichende Garantie für die Authentizität der selben bieten.

Labori hat die Ernächtigung erhalten, mit Picquet zu konferieren. — Entgegen anderweitigen Gerüchten steht es fest, daß der Kassationshof noch nicht den Kriegsminister um Mitteilung der geheimen Dossiers erachtet.

Der Anwalt der Frau Dreyfus, Mornard, erhält die Protokolle über das Verhör der bereits vernommenen fünf Kriegsminister wie aller feierlichen Zeugen. Er kann über ihren Inhalt mit den Anwälten Labori und Demange konferieren und alldann diejenigen Zeugen bezeichnen, deren Vernehmung er zur Widerlegung der belastenden Aussagen wünscht. Der Kassationshof hat beschlossen, daß alles beigebrachte Material, also eventuell auch das geheime Dossier, dem Verteidiger Dreyfus mitzuteilen sei.

England.

Plymouth, 17. November. Kriegsminister Marquis Lansdowne hielt hier heute abend eine Rede, in der er dem Vorholung des Kaisers von Russland in der Abrüstungsfrage mit Freuden begrüßte. Jedoch lehnte der Minister hinz, kein Land könne seine Zustimmung geben, sich die Hände zu binden, am wenigsten von allen England. Der Kriegsminister wiederholte sodann die jüngsten Ausschreibungen seiner Kabinettsmitglieder in Bezug auf Egypten und erklärte noch, die britische Flotte müsse unüberstiegblich sein; er halte sie stark genug, um jeder Vereinigung, der man entgegenzusetzen könne, Widerstand zu leisten. Die Zeit sei da, die Herstellung von neuen Festungsgeschützen nachdrücklich zu fördern, doch habe dies allmählich zu erfolgen.

Türkei.

Konstantinopel, 17. November. Der Minister des Außenwesens verfaßte die Vorschäfte der 4 Mächte davon, die Beleidigung und die Verletzung der Postschäfte an ihre Vertretungen in Auslande Protest dagegen eingezogen, daß Prinz Georg von Griechenland zum mit der Verwaltung der Insel betrauten Oberkommissar der 4 Mächte bestellt sei.

China.

Shanghai, 17. November. Wie ein Telegramm des "Echo de Chine" meldet, ist der Ort Kwai-tschau-fu am oberen Yangtsekiang von den Aufständischen angegriffen und geplündert und das dortige katholische Missionsgebäude niedergebrannt. Einzelheiten fehlen.

kleine politische Nachrichten. An den Fürsten von Neukastell erklärte ein Hamburger Bürger telegraphisch eine Anfeindung und Landesfeindlichkeit gegen den Begründung eines Sozialdemokraten abgenommen worden. An den Grafenagenten zu Lippe ist eine gleiche Kundgebung wegen keiner Haltung in der bekannten Differenzfrage abgehandelt worden. Beide Herrscher sind telegraphisch dankend geantwortet worden. — Wie ein süddeutsches Blatt hört, wird für nächstes Jahr im Anschluß an die Bewegung für die Errichtung von Poststellen für Ausländer ein internationaler Kongress zur Erzeugung von prophylaktischen Maßnahmen gegen Lungenkrankheiten geplant. Der Kongress wird Berlin sein. — Der ungarische Minister des Innern erließ eine Verordnung, die sämtliche Behörden des Landes anweist, im Falle, daß aus dem Auslande Anarchisten nach Ungarn flüchten, die sofort abzuschieben und gegen einheimische Anarchisten die gleichen Maßregeln anzuwenden zu ergriffen. — Russland wird auf der Antimperialistenkonferenz durch den russischen Botschafter in Rom Reaktion sowie den Oberpostdirektor Smoliansky vertreten sein. — Die Hamburger Börsenbörse erhielt ein Telegramm aus Santa Anna vom gestrigen Tage, dem 15. November in San Salvador eine Revolution ausbrach, deren Verlauf bis jetzt noch unbekannt ist. — 25 Studenten des Warschauer Polytechnikums und neun Doctor des agronomischen Instituts Pulaw sind wegen angeblich gemeinschaftlicher Verschwörung, von der zweitl. doch in delegierten Petersburger Gendarmerie verhaftet und mitgenommen worden. Unter den Verhafteten befinden sich viele Russen. — Nach einem Telegramm aus Seoul hat die koreanische Regierung Anordnung erlassen, dem Handel der Ausländer im Innern der Halbinsel ein Ende zu machen.

Parteiangelegenheiten.

In das Agitationssomitee für den Bezirk Leipzig wurden in einer Parteiveranstaltung des 12. u. 13. Wahlkreises die Genossen Genz, Lipinski und Jakob wiedergewählt.

Bei der Gemeinderatswahl in der Stadt Kuth im Walde segnete die von sozialdemokratischer Seite aufgestellte Zahl mit bedeutendem Erfolg.